

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abon. v. mentspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 12.— M., bei Selbstabholung 11.— M. — Preis der Einzelnummer 70 Pfennig
Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4598
Postkassentor Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise ober deren Raum 3.— M., bei Platzvorschrift 3.80 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.40 M.
Reklame-Kolonelleise 12.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Stand des Eisenbahnerstreiks.

Weitere Ausdehnung in Baden und Mecklenburg.

Der Eisenbahnerstreik verschärft sich von Stunde zu Stunde. Wie wir es bereits am Donnerstag vorausgesagt haben, hat das Koalitionsverbot des Reichspräsidenten über die Wirkung ausgeübt, daß sich die Eisenbahnerstreikbewegung und die noch nicht streikende Beamtenschaft wie ein Mann erhoben hat, um die Angriffe auf die Errungenschaften der Revolution abzuwehren.

Durch das Vorgehen der Regierung ist der Kampf einer Gruppe von Eisenbahnbeamten zu einem Kampf der ganzen Arbeiterklasse geworden. Auch diejenigen Kreise, die der Sonderaktion der Reichsgewerkschaft von vornherein ablehnend gegenübergestanden haben, wie die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes, beteiligen sich mehr und mehr an dem Ausbruch. Die Regierung hat durch ihr Verhalten zu einer bedeutenden Verschärfung beigetragen und dafür gesorgt, daß dieser rein wirtschaftliche Kampf nunmehr politische Form angenommen hat. Die Regierung, die glaubte, mit ihrer Gewaltpolitik ihre Autorität am besten wahren zu können, hat das Gegenteil davon erreicht. Ihre Stellung ist mehr und mehr unhaltbar geworden. Die bürgerlichen Politiker, die wahrscheinlich nicht ganz unschuldig an der Sonderaktion der treibenden Beamtengruppe sind, stehen händelnd beiseite. In ihrer Brust regt sich die Hoffnung, daß es durch den Streik gelingen möge, die verhasste Regierung zum Sturz zu bringen und die ersehnte Rechtsregierung zu bilden. Viele Reaktionen hoffen wohl, daß durch den Eisenbahnerstreik einerseits die geistigen Voraussetzungen für ihr Kommen geschaffen werden, andererseits aber die Arbeiterklasse durch die Auswirkungen des Streiks materiell so geschwächt wird, daß mit ihr nach Belieben umgesprungen werden kann. Es ist zum mindesten sehr verdächtig, daß der Justizbeamtenbund, die Soziale Arbeitsgemeinschaft deutscher Beamtenschaft und der Reichsverband der Verwaltungsbeamten ankündigen, sich ebenfalls am Streik beteiligen zu wollen.

Das sind Verbände, deren Leitungen deutsch-national bis auf die Knochen sind und die das Streikrecht der Beamten immer verneinen. Die Eisenbahner werden sehr darauf achten müssen, daß ihre wirtschaftliche Bewegung nicht von reaktionären Mächten zu durchsichtigen Zwecken mißbraucht wird.

Ueber die Berechtigung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der Beamten braucht kein Wort verloren zu werden. Sie sind berechtigt und müssen und werden von jedem Einsichtigen unterstützt werden.

Der Kampf der Eisenbahner hat seine Bedeutung bekommen durch die geradezu sinnlose Verordnung der Reichsregierung, in der sie das Koalitionsrecht wichtiger Gruppen der Arbeiterklasse im Reiches Recht stellt. Dazu kommt, daß durch die Verordnungen des Reichseisenbahnministers Groener der Achtstundentag der Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Frage gestellt werden soll. Durch diese Angriffe der Reichsregierung auf die wichtigsten Positionen der Arbeiterklasse hat der Kampf erst seine eigentliche Bedeutung erlangt. Die Regierung hat dafür gesorgt, daß eine Bewegung, die sich nur um die Forderungen einer bestimmten Beamtenschaft gruppierte, zu einem Kampfe großer Teile der Arbeiterschaft wurde. Die Quantität schlägt nach dem bekannten Gesetz in die Qualität um, der Kampf beginnt mehr und mehr politische Formen anzunehmen und ist demzufolge von diesen Gesichtspunkten aus zu werten.

Die Stellung der deutschen Arbeiterklasse zu dem gegenwärtigen Kampfe wäre ohne weiteres gegeben dann, wenn die englische und die französische Arbeiterklasse in den Sympathiestreik für die deutschen Eisenbahner treten würde. Dann wäre der Eisenbahnerstreik das Fanal für den Sturz nicht nur der deutschen, sondern auch der englischen Regierung. Aber mit einer derartigen Entwicklung der Dinge ist gegenwärtig nicht zu rechnen. Zweifellos wird durch die Fortentwicklung der Bewegung, die wie eine Lawine anwachsend, mehr und mehr große Teile der Arbeiterschaft mit sich reißen wird, die politische Situation des Kabinetts Wirth, von Stunde zu Stunde bedenklicher. Die Arbeiterklasse wäre imstande, das Kabinett Wirth über den Haufen zu rennen im Anschluß an eine Bewegung, die eingeleitet wurde von einer Organisation, die bis zur Stunde des Ausbruchs der Kämpfe im Gegensatz stand zu der bisher geübten Taktik der Arbeiterbewegung und die bis heute noch eine starke bürgerliche Orientierung zeigt. Es entsteht die Frage, was würde werden, wenn das Kabinett Wirth durch den Fortgang der Bewegung beseitigt würde. Eine Rechtsregierung wäre unter dem Druck der politischen Situation zunächst undenkbar, insofern wäre die Arbeiterklasse verpflichtet, mit der politischen Macht, die ihr zweifellos in die Hände fallen könnte, die Regierung zu übernehmen. Wir wissen nur allzu genau, daß jede deutsche Regierung im starken Maße abhängig ist von den politischen Entschlüssen

unserer Gegner über dem Rhein und dem Kanal. Welche Haltung würde die Entente einer Arbeiterregierung in Deutschland gegenüber einnehmen. Diese Frage gibt es zu erörtern.

Fest steht die Tatsache, daß durch eine derartige Entwicklung der Dinge die wirtschaftliche Lage in Deutschland in außerordentlichem Maße beeinflusst würde, daß unzweifelhaft die Valuta einen starken Sturz erleiden würde.

Es würden sich ähnliche Situationen ergeben, wie wir sie zeitweise in Rußland erlebt haben. Auch in Rußland drängten die Machtverhältnisse, durch die impulsiven Kämpfe der Arbeiterklasse geschaffen, über ein bestimmtes Maß hinaus, das selbst den führenden Bolschewisten zeitweise wider die Rechnung ging. Sie waren der Auffassung, daß unter dem Druck der Arbeiterklasse, die den Willen, zu kämpfen, hatte, die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen nicht immer genügend beachtet wurden. Wir erinnern an die Tatsache, daß durch die impulsiven Kämpfe der russischen Arbeiter und Bauern der Prozeß der Nationalisierung der kapitalistischen Betriebe weit über das Maß hinausgedrängt wurde, das von den bolschewistischen Kennern der russischen Wirtschaftsverhältnisse als gegeben erachtet wurde.

Die USPD und der Eisenbahnerstreik.

Ein Aufruf der Zentrale.

Die Zentralkomitee der USPD, erklärt zu der durch den Eisenbahnerstreik geschaffenen Lage: In dem Vorgehen der Reichsregierung gegen die streikenden Eisenbahnbeamten erblicken wir trotz gegenseitiger Versicherung der Regierung einen Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Der Streik der Eisenbahnbeamten galt zunächst der Durchführung gewerkschaftlicher Forderungen. Durch ihre Maßnahmen hat die Regierung das ganze Proletariat herausgefordert. Es ist Aufgabe der USPD, die Grundrechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu schützen.

Die USPD fordert nach wie vor sofortige Aufhebung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten und der Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten.

Die USPD fordert sofortige Verhandlungen mit den Eisenbahnergewerkschaften einschließlich der Organisation der streikenden Eisenbahnbeamten.

Die USPD fordert Schutz des Achtstunden-Arbeitstages, der durch die Pläne eines Arbeitszeitgesetzes in Gefahr ist.

Berlin, den 4. Februar 1922.

Die Zentralkomitee der USPD.

Inwieweit die Möglichkeit einer Umformung der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftsverhältnisse in sozialistische gegeben ist, diese Frage wollen wir hier nicht erörtern. Die Durchführung sozialistischer Maßnahmen wird letzten Endes gegeben sein durch das Verständnis der Arbeiterschaft, sich in eine gegebene neue Situation einzufügen. Nach dem 9. November ist das nicht immer in dem erforderlichen Maße der Fall gewesen. Wir sehen die Entwicklung in Rußland, wo gerade die Bolschewisten durch den Zwang der Logik gebrängt werden, aus der Sadgasse herauszugelangen, in die sie durch das impulsive Vorgehen der russischen Arbeiter und Bauern gelangt sind. Wir sehen, wie es gerade die russische Sowjetregierung gewesen ist, die alle Möglichkeiten des Koalitionsrechtes unterbunden hat, wir haben gesehen, wie die russische Sowjetregierung selbst gegen die Vorkämpfer der Revolution in Kronstadt und andern Orten kämpfen mußte, indem man der russischen Arbeiterklasse Rechte vorbehielt, um die in Deutschland zur Zeit gekämpft wird. Die Entrüstung der Kommunisten über unsere Einstellung zu dem gegenwärtigen Kampfe ist daher eine höchst gewagte, da an der Entwicklung in Rußland das Gegenteil von dem gezeigt werden könnte, was von seiten der kommunistischen Partei zur Zeit in Deutschland angestrebt wird. Gewiß kämpft die Arbeiterklasse in Deutschland gegen eine kapitalistische Klassenregierung mit einem reformsozialistischen Einschlag. In Rußland aber werden binnen kurzem die Dinge einen Verlauf genommen haben, in dem die Kapitalisten Westeuropas die Wirtschaft mehr und mehr beherrschen werden und daß in Rußland gegen die Sowjetregierung in absehbarer Zeit ganz ähnliche Kämpfe um das Recht, sich zu koalieren, ausbrechen werden, wie zur Zeit in Deutschland.

Gerade die Entwicklung in Rußland, unter Hinsicht auf die außenpolitische Situation Deutschlands und die Tatsache, daß die französischen und englischen Arbeiter in den in Deutschland ausgebrochenen Klassenkampf nicht eingreifen werden, zwingt uns, die Situation außerordentlich aufmerksam zu beobachten.

Der Kampf um das Koalitionsrecht, der Kampf um den Achtstundentag wird bei allen Arbeitern seine Unterstützung finden.

Die Lage in Berlin.

Streik der städtischen Arbeiter.

Berlin, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Seit gestern morgen 4 Uhr streiken in Berlin auch die städtischen Arbeiter. Die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung ist eingestellt. Nur die Krankenhäuser sollten noch versorgt werden. Auf den Straßen haben sich wieder lange Reihen von Leuten gebildet, die Wasser holen. Der Streik kam so überraschend, daß niemand Vorlage getroffen hatte. In den großen Hotels wählten sich die Reisenden mit Mineralwasser waschen, soweit solches vorhanden war. Das einzige Verkehrsmittel ist die Hoch- und Untergrundbahn. Heute früh erschienen nur die Montagpost und der Berliner Vorkammler. Beide Blätter melden, daß auch die Notstandsarbeiten für die Krankenhäuser nicht ausgesetzt würden. Da der Telefonverkehr für Privatsachen eingestellt ist, läßt sich diese Meldung nicht nachprüfen. Die westlichen Vororte Schöneberg, Markendorf und Wilmersdorf, die den elektrischen Strom von Prenzlauerberg beziehen, hatten bisher nicht unter dem Streik zu leiden. Heute soll erneut eine Abstimmung unter den städtischen Arbeitern stattfinden, ob der Streik fortgesetzt werden soll oder nicht.

Im Anschluß an die Sitzung der Regierung in der Reichshausung bezieht die Berliner Montagpost, daß im Laufe des Sonntags die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller und Weis, sowie die unabhängigen Führer Dittmann und Rosenfeld mit dem Reichskanzler in Verbindung gesetzt hätten und mit ihm in Anwesenheit des Verkehrsministers Groener darüber verhandelt hätten, ob die Regierung Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten nicht doch aufnehmen könne. Die Streikleitung der Beamten stellt als Bedingung für eine Einigung die Einstellung der Regierung, daß Maßnahmen von Streikführern oder Streikenden nicht vorgenommen werden dürfen und daß nach dem Streik sobald Verhandlungen über die Neuregelung der Schlichter der unteren Beamtengruppen aufgenommen werden. Die Berliner Montagpost behauptet weiter, daß nicht diese wirtschaftlichen, sondern auch politische Forderungen gestellt würden. Allerdings gibt sie keine genauen Details und es scheint, als ob diese Nachricht nicht zutrifft. Man will wahrscheinlich die Regierung weiter aufheizen, daß sie auf ihrem ablehnenden Standpunkt bestehen bleibt. Die Streiklage bei der Eisenbahn hat sich verschärft dadurch, daß auch die Lokomotivführer von Baden streiken. Nach einer Mitteilung der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe ist auch in Baden der Eisenbahnerstreik Sonntagmorgen um 12 Uhr ausgebrochen.

Ueber die Beschlüsse der Kabinettsitzung mit den Führern der Koalitionsparteien ist ebenfalls keine Nachricht vorhanden. Die Verhandlungen sind geheim geführt worden und es ist nicht klar, ob überhaupt Beschlüsse gefaßt worden sind. Der Berliner Vorkammler benutzt natürlich die ganze Situation zu einer großen Hege gegen die Regierung und gegen die sozialistischen Parteien. Er behauptet vor allen Dingen, daß eine große Kluft zwischen den Reichssozialisten und den Unabhängigen zutage getreten sei. Alle diese Nachrichten lassen sich in der Geschwindigkeit nicht kontrollieren, da, wie gesagt, der Telefonverkehr für Privatsachen eingestellt ist.

Oberbürgermeister Koch hatte am Sonntag eine Konferenz mit den Dirigenten der Abteilung des Berliner Polizeipräsidenten, Oberregierungsrat Dr. Weis. Es wurde beschlossen, die städtischen Werke unter den Schutz von starken Abteilungen der Schutzpolizei zu stellen und in den ersten Nachmittagsstunden wurden daraufhin sämtliche Werke, in denen gestreikt wird, besetzt. In den ersten Nachmittagsstunden erfolgte auf Anordnung der Regierung und des Polizeipräsidenten der Einsatz der Technischen Nothilfe in den städtischen Elektrizitätswerken und Gasanstalten mit Ausnahme des Elektrizitätswerkes Südwest, und der Gasanstalt Schmarzendorf. Bis Montag hofft man in allen Werken wieder Elektrizität und Gas zu erzeugen.

Das Personal der Hoch- und Untergrundbahn hält sich bisher noch dem Streik fern. Bisher sind auch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß es auch zur Stilllegung dieser Verkehrsmittel kommen wird. Wie der Berliner Vorkammler in später Nachtstunden hört, werden jedoch die Funktionen der Hoch- und Untergrundbahn Montag, früh 8 Uhr, zur Belüftungszweck zusammengetreten. — Auch die Angestellten der Omnibus-Gesellschaft werden zur Lage Stellung nehmen, desgleichen die Fahrer der Kraftwagendroschken.

Auch die Berliner Telegraphenarbeiter streiken.

Berlin, 6. Februar. (Tl.) Am Sonnabendmorgen sind die Telegraphenarbeiter der Telegraphenämter und Bauämter geschlossen in den Streik getreten. Die Postarbeiter verzichten zur Zeit ihren Dienst noch weiter und es scheint, als ob bei ihnen keine Neigung besteht, sich dem Streik der Telegraphenarbeiter anzuschließen. Der Ausbruch der letzteren hat auf den Dienstbetrieb der Telegraphenämter keinen unmittelbaren Einfluß. Nur der sogenannte Außendienst, der Bau von Leitungen, Beseitigung von Störungen usw. ist lahmgelegt.

Die Streikbewegung im Reich.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Der Streik hat sich auf Mecklenburg ausgedehnt. Der Süden ist bis auf Baden nach wie vor streikfrei. Die Zahl der Streikenden ist im allgemeinen gleich geblieben. Der Ausbruch der Spinnereiarbeiter der Gewerkschaften hat auf die Streikenden

der Reichsgewerkschaft im allgemeinen nicht gewillt. Auch die ausständigen Gruppen des Deutschen Eisenbahnerverbands haben den Streik nicht aufgegeben, mit Ausnahme von Magdeburg, wo die Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbands den Streik abgebrochen hat. Der Postbetrieb kommt weiter in Gang, auch der Kraftwagenverkehr entwickelt sich.

Aus den einzelnen Bezirken liegen folgende Nachrichten vor: In Hamburg entstehen für die Dampfer-Lade- und Entlade-Einrichtungen. In Breslau ist ziemlich starker Postbetrieb eingestellt. Im Bezirk Halle ist, wie im Industriegebiet auch Kraftwagenverkehr eingestellt. Der Bezirk Erfurt bekämpft trotz Postbetriebs Feuerfährten im Braunkohlenbetrieb, da Perwagen nicht herangebracht werden können. In Frankfurt a. M. macht sich bei den dienstbereiten Beamten das Auftreten von Grippe bemerkbar. In Hannover wurde an mehreren Stellen gearbeitet. Auf der Insel Rügen ist der Betrieb eingestellt worden.

Berlin, 6. Februar. (U.) Die Verkehrsfrage war am gestrigen Sonntag ebenso trüblich wie am Vortage. An einem Notverkehr, wie ihn der Reichsverkehrsminister optimistisch schon am Sonnabend ankündigte, ist noch immer nicht zu denken. Außer ein paar Zügen nach Oranienburg und dem Osten bis Frankfurt an der Oder ruht Stadt- und Vorortverkehr. Die Speicher der Eisenbahn sind geschloffen. Es wird nicht ein noch ausgeladen, von geringen Ausnahmen abgesehen, die aber für den großen Verkehr gar nicht ins Gewicht fallen. Unter dem Druck dieser Notlage haben die Speiditeure einen Autodienst für eilige Güter nach Magdeburg, Leipzig, Hannover, Hamburg usw. eingerichtet. Die Väger der Speiditeure sind so überfüllt, daß neue Güter nicht angenommen werden. Schon heute bildet für die Frachtleute die spätere Entwicklung des Güterverkehrs eine schwere Sorge. Jedenfalls werden diese Tage vergehen, ehe nach der Wiederaufnahme des Verkehrs der Gütertransport wieder sein normales Aussehen hat.

Aus den Berichten der bürgerlichen Telegraphenbureaus ergibt sich über den Stand der Bewegung im Reich noch folgendes: Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Witten konnten auch heute Züge mit Milch und sonstigen Lebensmitteln nach Hamburg gebracht werden. Auf den verkehrswichtigen Strecken des Direktionsbezirks, insbesondere von Berlin nach Hamburg sind gemischte Züge — Güter- und Personenwagen — gefahren worden, und zwar mit Eisenbahnpersonal, das sich für diesen Notbetrieb der Verwaltung zur Verfügung gestellt hat. In Wittenburg in diesem Umfange werden auch am Montag Züge gefahren werden. — Der Betrieb auf dem Bremer Hauptbahnhof ist völlig eingestellt. Auch in Geseke und in der Eisenbahndirektion vollständig stillgelegt.

Die Arbeiter der Hauptverwaltungen in Erfurt sind plötzlich in den Streik getreten, ohne die Zentralleitung des Deutschen Eisenbahnerverbands zu informieren. Dadurch hat sich die Lage weiter verschärft. — Auf fast allen Strecken im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt ist ein regelmäßiger Notverkehr eingerichtet. Im übrigen ist damit zu rechnen, daß im Laufe des Sonntags durch die technische Nothilfe und arbeitswillige Angestellte der Zugverkehr wieder über den Frankfurter Hauptbahnhof dirigiert wird. Die allgemeine Lage wird von amtlicher Stelle günstig beurteilt.

Die Eisenbahndirektion Hannover teilt mit: Die Streiklage ist im allgemeinen unverändert. Es wurden am 8. Februar zehn Hilszüge und drei Kohlenzüge nach Magdeburg, Rheinsee und Braunschweig gefahren, außerdem 22 gemischte Züge, die den Arbeiter- und Berufsverkehr bewilligten und zur Lebensmittel- und Milchlieferung dienten, und ein D-Zug Köln-Berlin. Von der Teno sind insgesamt 180 Mann eingesetzt. Die Hauptbahnhöfe Hannover und Minden sind vom gesamten Personal verlassen worden.

Von der Eisenbahndirektion Magdeburg wird mitgeteilt, daß die Besetzung von a. S. L. A. U. Die in den Streik getretenen Arbeiter der Hauptverwaltungen in Halberstadt wurden durch Ausschuss aufgelöst, bis Montag an ihre Arbeitsstellen zurückzuführen, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten haben. Falls die Meldungen zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht ausreichen, werden die Hauptverwaltungen geschloffen werden.

Die Eisenbahndirektion Halle teilt mit: Die Lage ist gegen gestern nicht wesentlich verändert; sogar im Osten des Bezirks etwas verschlechtert. Dagegen ist es gelungen, im westlichen Teil des Bezirks eine große Anzahl Züge zu fahren. Der Arbeiterverkehr nach Leuna und dem Geselst ist restlos bewilligt worden. Ein Milchzug mit Personenbeförderung und Güterwagen nach Berlin ist gestern abend abgegangen. Die Kohlenversorgung des Hallischen Elektrizitätswerks ist sichergestellt. Der Arbeiterverkehr nach Dessau und Witten ist. Von Halle nach Witten wurde heute früh wieder ein Zug mit Arbeitern befördert. Arbeitswilliges Personal auch für Lokomotivbetrieb wird der Eisenbahn bald in größerem Umfange zur Verfügung stehen. Auf einen Aufruf des Präsidenten in Erfurt haben sich bereits etwa 500 Mann gemeldet. Da, wo Stellwerke auf einzelnen Bahnhöfen von den Weichenwärtern verlassen sind, haben technische Beamte, Ingenieure und Bahnmeister die Bedienung der Weichen und Signalfeldvorrichtungen übernommen.

In Kottbus ist das Lokomotivpersonal am Sonnabend nicht zum Dienst erschienen. Damit ist der Verkehr im östlichen Teil des Bezirks Halle lahmgelegt.

Nach Berichten aus dem Bezirk Frankfurt a. M. ist in der allgemeinen Streiklage eine gewisse Besserung eingetreten. In Siegen ist sämtliches Personal, mit Ausnahme des Lokomotivpersonals, zum Dienst erschienen. Es ist gelungen, den Notverkehr im Bezirk in erhöhtem Maße in Gang zu bringen. Die Eisenbahndirektion hat in einem Anschlag alle Arbeiter und Angestellten aufgefordert, sich bis zum Dienstag wieder zur Arbeit einzufinden, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten haben. Das gegen die streikenden Beamten eingeleitete Disziplinarverfahren nimmt seinen Fortgang.

In Baden ist in der Nacht zum Sonntag der Eisenbahnerstreik hochgekommen. Die Stilllegung des gesamten Zugverkehrs wurde um Mitternacht dadurch verursacht, daß das Lokomotivpersonal in den Streik trat und die Weichensteller sich ihm angeschlossen. Das übrige Personal bewahrt eine ruhige Haltung. Die Eisenbahndirektion Karlsruhe versucht, die lebensnotwendigen Transporte durchzuführen. — In einer Besprechung des württembergischen Staatspräsidenten mit den Lokomotivführern erklärten diese, daß, wenn es der Reichsregierung nicht bald gelänge, Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft anzubahnen, die in Deutschland angenommene Haltung sich nicht mehr aufrechterhalten könne.

Die Lage in Sachsen.

Ueber den Stand der Bewegung in Sachsen berichtet Woffo Sächsischer Landesdienst: In Dresden ist die Streiklage im allgemeinen unverändert. Im Leipziger Bezirk hat sich außer dem Lokomotivpersonal teilweise auch das Fahr-, Weichen- und Versuchspersonal dem Streik angeschlossen. Auf einigen Stellen sind auch Arbeiter, die dem Deutschen Eisenbahnerverbande angehören, entgegen dem von den Spitzenverbänden der Gewerkschaftsorganisationen erlassenen Aufruf zur Beendigung des Streiks, in den Ausstand getreten. Andererseits haben sich vereinzelt streikende Lokomotivführer wieder zum Dienst gemeldet.

Die Verkehrsfrage hat sich verschlechtert insofern, als der Zugverkehr und das Verschubgeschäft durch das anhaltende Schneetreiben und den strengen Frost erheblich erschwert ist. In den Bornaer Kohlenwerken mangelt es an Grubenholz. Auch im übrigen Sachsen leidet die Industrie unter ungenügenden Kohlen- und Kohlenstoffzufuhren. Auf dem Verschlebebahnhof Dresden-Friedrichstadt haben sich die Rangierverhältnisse gebessert. Den Dresdener Gaswerken konnten bisher Kohlen zugeführt werden.

Aus Großenhain wird gemeldet: Die verschärfte Lage im Eisenbahnerstreik kommt nunmehr auch hier zum Ausdruck. Auf dem Rottbuser Bahnhof ruht der gesamte Dienst: während gestern und vorgestern noch einige Züge verkehrten, ist heute nach beiden Richtungen kein Zug mehr abgegangen. Die Lokomotivführer in Großenhain, Seußtenberg und Kuschan

haben sich dem Streik angeschlossen. Das Verwaltungs- und Arbeiterpersonal der beiden Großenhainer Bahnhöfe ist dagegen nicht am Streik beteiligt. Als und zu verkehr ein Zug mit Lebensmittel, der von technisch vorgebildeten Beamten der Staatsbahn geführt wird. Wegen Kohlenmangels hat sich bereits eine Seifenfabrik zur Betriebsstellung gezwungen gesehen.

Beschlüsse der Münchener Organisationen.

Gegen den Eingriff in das Koalitionsrecht.

München, 6. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die USPD Münchens veranstaltete am Sonntag vormittag eine außerordentlich gut besuchte öffentliche Versammlung, in der das Thema Eisenbahnerstreik und gewerkschaftliche Grundrechte behandelt wurde. Die Vertreter des Eisenbahnerverbandes und des Metallarbeiterverbandes sprachen als Referenten. In der sehr lebhaften Diskussion kamen auch Redner anderer Eisenbahner- und Beamtenorganisationen zu Worte. Schließlich wurde einstimmig folgende Entschloßung angenommen:

„Die Versammlung stellt in der Koalitionsverordnung des Reichspräsidenten einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse und verurteilt aufs schärfste diese Verordnung, die Verhaftung von Streikführern, die Beschlagnahme von Streikgeldern und die Maßregelungen von Streikenden.“

Solange Arbeiterorganisationen bestehen, haben sie schwere Kämpfe geführt zur Durchsetzung und Wahrung ihrer Grundrechte. Die Arbeiterklasse ist nicht gewillt, sich diese Rechte zu lassen, und sie wird ihre ganze Kraft einsetzen, um jeden Angriff darauf abzuwehren.

Die Versammelten fordern deshalb die sofortige Aufhebung der Koalitionsverordnung, Freilassung der Verhafteten, Herausgabe der Streikgelder und Vermeidung jeder Maßregelung.“

In Bayern haben sich die Eisenbahnbeamten dem Streik nicht angeschlossen. Der Streik macht sich in Bayern nur insofern bemerkbar, als infolge des Eisenbahnerstreiks im Reich sich in Bayern ein empfindlicher Kohlenmangel und erhebliche Zugverkehrseinschränkungen notwendig gemacht haben.

Die französische Regierung und der deutsche Eisenbahnerstreik.

Paris, 4. Februar. (U.) Der französische Ministerrat hat den Reichstag gefordert, beim Obersten Rat dahin vorstellig zu werden, seine Zustimmung zu der Befreiung der kohlensamen-Verhandlungen und des dazu gehörigen Eisenbahnerstreiks durch Ententruppen zu geben, falls durch den deutschen Eisenbahnerstreik die Kohlenzufuhr nach Frankreich behindert werden sollte. Der Antrag wurde von der französischen Regierung dem Obersten Rat überreicht. Der Koalitionskonferenz wird die Angelegenheit zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Vor einer Unternehmeroffensive in Oesterreich?

Die nachstehenden Zeilen unseres Mitarbeiters in Wien gehen uns stark verpölet zu. Inzwischen hat der Kurs der österreichischen Valuta außerordentlich starke Schwankungen erlitten. Am 23. Januar letzte erneut ein unerwartet starker katastrophaler Sturz ein, so daß der Dollar auf 10 200 österreichische Kronen stieg. Inzwischen hat freilich ein starker Rückgang eingeleitet, der wahrscheinlich auf stärkere Kreditgenehmigung in London und Paris und auf die Verhandlungen im Parlament zu Washington zurückzuführen ist.

O. P. M. Gegenstand zu der parlamentarischen Aktion der Unfähigkeit der bürgerlichen Mehrheit zur Regierung, die sich mit jedem Tage deutlicher erweist. Ist außerhalb des Parlaments der Klassenkampf ins Rollen gekommen. Lohnforderungen der Gewerkschaften stoßen auf immer heftigeren Widerstand. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten zwei Wochen sichtbar gestiegen. Vertragskündigungen, Betriebsbeschränkungen, Kurzarbeit drohen.

All dies sind Anzeichen einer Abwärtsziele, die wir nicht haben. Die österreichische Krone ist in der letzten Zeit nicht nur nicht gestiegen, sondern nach kurzer Pause wieder rasch gefallen. Ihr Verhältnis insbesondere zu den beiden Nachbarwährungen, die uns am nächsten angehen, zur deutschen Mark und zur schweizerischen Krone, hat sich die Exportindustrie unserer Industrie in der letzten Zeit eher vergrößert als verringert. Noch immer erziehen die „hohen“ Löhne des österreichischen Arbeiters bestenfalls ein Drittel der Löhne in den waldreichen Ländern. Und dennoch behaupten die österreichischen Unternehmer, diese Löhne nicht mehr bezahlen zu können!

In der Tat steht die österreichische Produktion gegenwärtig unter einer Hemmung: nicht eine Waise, aber eine Kapitalstrafe ist es, die vorübergehend auf ihr lastet. So paradox es klingt: gerade weil die Inflation den Wert des umlaufenden Geldes so furchtbar herabgedrückt hat, reicht das vorhandene Geld für die Bedürfnisse der Produktion nicht aus. Rohstoffbeschaffung und Lohnauszahlung erfordern ein immer größeres Betriebskapital, dessen Ziffer bei großen Unternehmungen ins Millionenfache anwächst, auf der andern Seite entgeht die bloße Spekulation der Einzelkapitalisten wie der Banken der Produktion das notwendige Kapital: statt akkumuliert, wird es leicht verbrannt, an der Börse verpölet, in Auslandsvaluten gehamlet, in Auslandsguthaben der Inlandswirtschaft entzogen. So ist die Knappheit an Kapital ungewollt die Schuld der Kapitalisten; aber die Arbeiter sind es, die sie an ihren Löhnen entgelten sollen.

Indes ist der Ruf nach „Lohnabbau“, der jetzt in hundert Varianten aus der kapitalistischen Presse tönt, nur einer der mannigfaltigen Wünsche, Forderungen und Drohungen, mit denen die Unternehmer härteren gehen. Die Wahrheit ist, daß sie den gegenwärtigen Augenblick ihrer Ungewißheit und tiefer Depression, in welchem alle Verhängnisse sich vollenden müssen, aber die Besserungen noch nicht zu wirken beginnen können, dazu ausnützen wollen, um endlich auch in Oesterreich zu unternehmen, was ihnen in den meisten anderen Ländern längst gelungen ist: die Offensive gegen die Erzeugnisse der Arbeiterklasse. Es hat den Anschein, als sollte der Angriff auf der ganzen Linie losgehen: Schikanen gegen die Betriebsräte, Agitation gegen den Achtstundentag, Demonstrationen gegen die Besteuerungen. Als „Störungen der Produktion“ hat längst ein ehrenwerter Scharfmacher in dem Hauptblatt der Börse, der Neuen Freien Presse, einfach alle sozialpolitischen Maßnahmen der Republik qualifiziert und einfach ihre Beseitigung verlangt. Über wenn die Herren sich um die „Produktion“ sorgen, so denken sie an den Profit, wenn sie Wirtschaft sagen, so meinen sie Macht.

Der politische Machtkampf in Oesterreich hat in der Tat die Kräftegleichgewichte der Klassen seinen Ausdruck und seine Grenze gefunden. Der wirtschaftliche Machtkampf hat bisher die Arbeiterklasse in allerding immer langsamer werdendem Fortschreiten. Seit 1918 haben Oesterreichs Gewerkschaften leichte Siege erfochten. Wenn es jetzt wieder zu schweren Kämpfen gehen soll, so wird das österreichische Proletariat zeigen, daß es nicht umsonst in der relativen Stärke der Gewerkschaftsbewegung an erster Stelle markiert. In dem Lande, in dem jeder letzte Einwohner gewerkschaftlich organisiert ist, mag die Rot dem Haß der Unternehmer eine Gelegenheit dünken; die Kampfesfreude der Arbeiter hat sie nicht gebrochen.

Wilhelm der Neuevolle.

Reize zurück, es ist alles vergeblich. Diesen Ton zu erzeugen, darauf ist ein Fret gestimmt, den Wilhelm, der Sohn, an seinen Lehrer, der Bonner Universitätsprofessor Dr. Horn, gerichtet hat. Wilhelm wird der Neuevolle, und indem Professor Dr. Horn dies Neuedenken in den Spalten des schwarzen „Tag“ per-

öffentlich, glaubt er die Tränenbrühen aller guten Patrioten in Funktion setzen zu können und die Stimmung zu erwecken, ihm zurückzuführen aus dem auch so einjamigen Nipl in Bietingen. Wilhelm beschäftigt sich mit den politischen Problemen der Gegenwart und erklärt, daß die Frage „Republik oder Monarchie“ nach seiner Ansicht in der jetzigen Zeit überhaupt keine Rolle spielen darf.

„Wie Sie wissen“, schreibt er, „habe ich stets auf dem Standpunkt gestanden, daß der Monarch des Volkes wegen da ist und nicht das Volk des Monarchen wegen. Nach dem furchtbaren Zusammenbruch im Jahre 1918, dessen Folgen sich immer brücker fühlbar machen, hat sich die vom deutschen Volk gewählte Nationalversammlung durch Mehrheitsbeschluß zur republikanischen Staatsform bekannt. Die Weimarer Verfassung ist — trotz allem, was man an ihr ausheben mag — damit eine Tatsache. Meine persönliche Ansicht, daß die Monarchie den Volksinteressen aus mancherlei Gründen mehr Rechnung trägt, kommt dabei nicht in Betracht. Jede Staatsform kann heute einem Volke nur zum Segen gereichen, wenn sie sich auf eine von der Mehrheit dieses Volkes gebilligte und damit fest verankerte Verfassung stützt. Es ist in meinen Augen deshalb auch ein Verbrechen, heute in Deutschland Klassengefehle zu verschärfen, oder gar den Klassenkampf zu predigen. Die deutsche Arbeiterklasse ist ein Bestandteil des Volksganges, wie wir alle andern auch, und keine Staatsform kann sich daher auf die Dauer halten, die nicht auch von dem Vertrauen der Arbeitermehrheit mit getragen wird.“

Da die Dinge so liegen, halte ich auch eine aufreizende Betätigung, wie sie sich heute vielerorts äußert, nicht nur für unweilich, sondern auch direkt für schädlich. Natürlich ist es das gute Recht jeder Partei, für sich Anhänger zu werden. Nur darf das nicht in einer Form geschehen, die Ruhe und Ordnung gefährdet. Der Vorgang, den man gemeinhin als „Putz“ zu bezeichnen pflegt, ist und bleibt ein Vergehen an dem deutschen Volke, das neue Erschütterungen heute nicht ertragen kann.“

Wilhelm stellt sich mit seinem Brief auf den Boden der Weimarer Verfassung. Er ist der Auffassung, daß die Klassengefehle keine Verschärfung erfahren dürfen und daß jeder Versuch in diesen Tagen ein Vergehen am deutschen Volke ist. Er borgt sich nur zu bemerken, welche Wünsche er damit meint. Bei der ganzen Geseitsstellung Wilhelms darf man mit einigem Recht annehmen, daß er kein Hauptaugenmerk vor allem auf die Verschärfung der Klassengefehle, so wie er sie aufweist, im Sinne der sozialistischen Propaganda meint. Daß die Sinnesleute mit ihrem Profilitäten die eigentlichen Förderer der Klassengefehle sind, braucht der Bonner Boruse nicht zu wissen, da er während seiner Studienjahre viel mehr Wert legte auf den berühmten Budegauer, als auf das Studium volkswirtschaftlicher Tatsachen. Auch das, was er gemeinhin als „Putz“ bezeichnet, ist höchst zweifelhaft zu deuten. Wahrscheinlich wird der Putz der Kapseln und alle die Umtriebe der monarchistischen Geheimorganisationen ganz in seinem Sinne liegen.

Nicht ganz ohne Interesse ist, was Wilhelm über die strategische Entwicklung seit der Marneklacht sagt. Der Erzählung des Hohenhausen verweist damit der berühmten Spöckstolgende einen empfindlichen Dolchstoß, indem er schreibt:

„Bereits nach der Marneklacht 1914 habe ich einen restlosen Sieg nicht mehr für möglich gehalten und deshalb alle Friedensmöglichkeiten unterstützt, soweit ich das konnte, ohne den Verteidigungswillen Deutschlands, der dem Verzichtungswillen der Feinde unbedingt entgegengeleitet werden mußte, zu schwächen. Daß derartige Friedensmöglichkeiten nicht geförderter angeseht wurden, war ein Fehler unserer politischen Leitung. Noch im Sommer 1917 bot sich m. E. die Möglichkeit für Deutschland, selbst aus dem Kriege herauszukommen. Nach dem Beschloß des militärischen Verlaufs 1918 wurde die Lage allerdings bitter ernst, da jetzt ein schneller Frieden herbeigeführt werden mußte.“

Indes alle diese reuenvollen Feststellungen werden nicht erzeihen, daß das deutsche Volk diesen Spöckstol der Hohenhausen wieder huldvollst in seine Gemeinschaft aufnehmen wird. Der Appetit kommt noch immer mit dem Essen.

Die Reinigung der SPD. in München.

Aus München wird uns berichtet: In den letzten drei Tagen tagte in München eine Funktionärskonferenz der SPD., die am Freitag zu dem Beschluß kam, den Vorstandsgesamtheiten und Herausgeber der Neuen Zeitung, Otto Graf, ferner noch zwei andre führende Mitglieder der SPD. auszuschließen. Der Ausschluß ist darauf zurückzuführen, daß sie fernerzeit zu den 28 Unterzeichnern des Aufrufes, der von Friedland ausging, gehörten. Die Neue Zeitung, die sich im Privatbesitz von Otto Graf befindet, hat fernerzeit den Aufruf veröffentlicht. An die Mitglieder der SPD. wurde die Aufforderung gerichtet, die Neue Zeitung abzubrechen, da sie nicht mehr Parteiorgan sei. Wahrscheinlich wird Otto Graf zur Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft übergehen. Der Ausschluß erfolgte mit 75 gegen 30 Stimmen. Die 30 Opponenten erklärten sich mit den Ausgeschloffenen solidarisch und traten an. Sie wollen weiterhin außerhalb der SPD. im Sinne des Kommunismus tätig sein. Das Vorgehen gegen Otto Graf kennzeichnet sich auch als ein Konkurrenzmanöver des Verlages der in Augsburg erscheinenden Bayerischen Arbeiterzeitung, die das Bestreben hat, diese zum alleinigen Organ der SPD. in Bayern zu machen.

Frankreich fordert Genugtuung für Gleiwitz.

Paris, 4. Februar. Nach dem Journal hat auf Grund der Anweisungen aus Paris Vorkämpfer Laurent dem deutschen Reichskanzler mitgeteilt, daß Frankreich die Reichsregierung für die Vorgänge in Oberschlesien verantwortlich mache und volle Genugtuung, eine gründliche Untersuchung durch die deutschen Behörden, Bestrafung der Schuldigen und volle Entschloßung für die Opfer des Ueberfalls verlange. Die Note fügt hinzu, daß die französische Regierung sich das Recht vorbehalt, energisch einzugreifen, falls die Ergebnisse der deutschen Untersuchung und die von der Reichsregierung gewährte Genugtuung sie nicht völlig befriedigen, und wenn die deutsche Presse fortfährt zu behaupten, daß die Reichsregierung nicht für die Vorgänge in Oberschlesien verantwortlich gemacht werden könne.

Die Uebergabe Poinisch-Oberschlesiens.

Warschau, 6. Februar. Minister Osypowski erklärte gegenüber den Vertretern der politischen Presse, daß zu erwarten sei, daß die Uebertragung der politischen Macht über Poinisch-Oberschlesien auf die polnische Regierung Ende April dieses Jahres erfolgt. — Der polnische Nationalfeiertag am 3. Mai soll in Schlesien in diesem Jahre in besonders feierlicher Weise begangen werden.

Die Sanderpolitik Poincarés.

Paris, 4. Februar. Wie der Matin mitteilt, hat in der gestrigen Sitzung des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Poincaré über die Reparationen, insbesondere im Hinblick auf die in der vorigen Woche ergangenen deutschen Gegenvorschläge, Erklärungen abgegeben, aus denen hervorgeht, daß die Reparationskommission Schwierigkeiten habe, denen sie begegnen müsse. Man versteht sogar, daß Dubois seine Demission als Vorsitzender der Reparationskommission habe geben wollen.

Die formelle Auffassung der französischen Regierung sei, wenn Frankreich in der Reparationskommission nicht die Mehrheit habe, die es im Verhältnis zu seinen Forderungen haben müsse, finde es doch wenigstens einige Bittschaften in dem Funktionären des Organismus, der sich nur in dem Maße bewegen könne, das der

Verfasser Vertrag zulasse. Frankreich ist nicht gewillt, sich einer Konferenz anzuvertrauen, die ständig allen möglichen wundenbaren Einflüssen der englischen Politik unterworfen ist. Auf dieses Gebiet könne man sich also nicht verlassen lassen.

Poincaré legte alsdann seine Politik dar und sagte, er werde nur dann nach Genua gehen, wenn das Programm der Konferenz genau festgelegt und die Bedingungen gut formuliert seien. Die Einladung, die an die Sowjetregierung ergangen sei, sei a. B. nicht fest, daß diese die Bedingungen ihrer Zusage annehme. Ihr Kommen würde also nur implizite die Annahme der Bedingungen bedeuten. In dieser Hinsicht müsse man sicher gehen. Andererseits würde die Konferenz von Genua bedeutend hinausgeschoben. — Die italienische Ministerkrise könne noch etwa 10 Tage dauern. Die Anwesenheit des italienischen Ministerpräsidenten sei unbedingt nötig. Man habe noch Zeit zum Überlegen.

Solaforderungen der Reparationskommission.

Berlin, 8. Februar. Halbamtlich wird gemeldet: Die Reparationskommission hat der deutschen Regierung für das Jahr 1922 Solaforderungen für Frankreich, Belgien, Italien und England übermittelt. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, der Reparationskommission bekanntzugeben, daß Deutschland alle gesetzlich zulässigen Maßnahmen zur Anwendung bringen wird, um die Durchführung einer Lieferung von 1 275 000 Tonnen Holz, 441 700 Tonnen Telegraphenstangen, 155 000 Festmeter Rundholz und 1 245 000 Festmeter Schnittholz zu ermöglichen.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Paris, 5. Februar. Die heutige Sitzung der internationalen Sozialistenkonferenz beschäftigte sich mit der sozialistischen Einheitsfront. Ein Beschluß ist nicht gefaßt worden. Morgen vormittag treten die anwesenden Mitglieder der Exekutivkommission von London und Wien zu einer Beratung der Angelegenheit zusammen.

In der Schlußsitzung wurde an die deutschen sozialistischen Parteien ein Telegramm gerichtet, in dem gesagt wird, für den Fall, daß die deutschen Delegierten durch den Eisenbahnstreik an der Reise nach Paris verhindert werden sollten, werde eine neue Konferenz zu weiteren Verhandlungen und zur Beschlußfassung in aller Eile in Frankfurt einberufen werden. In diesem Falle würde die Pariser Konferenz morgen um 2 Uhr geschlossen werden.

Ein österreichischer Aufruf.

Wien, 6. Februar. (U.) Bundespräsident Fajnsil hat an den König von England ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf die drohenden katastrophalen Verhältnisse in Österreich an König Georg das Ersuchen richtet, der Frage der Gewährung eines Kredits Englands an Österreich seine Unterstützung und Förderung angebotigen zu lassen.

Das Schlusergebnis der Neuwahlen in Portugal.

Lissabon, 6. Februar. (U.) Das jetzt vorliegende Ergebnis der Neuwahlen in Portugal zeigt, daß die Demokraten über die Mehrheit in der Kammer verfügen. Die Demokratische Partei hat jetzt im Senat 88 von 97 und im Unterhaus 78 Sitze. Die übrigen 78 Sitze entfallen fast so wie vorher auf die anderen Parteien.

Ermordung des albanischen Ministers des Innern.

Belgrad, 6. Februar. (U.) Die Blätter melden aus Skutari, daß der albanische Minister des Innern Ahmed Bey Wati ermordet worden ist. Der Ermordete war einer der bekanntesten nationalistischen Führer.

Änderung des Bundessteuergesetzes.

Im Reichsfinanzministerium ist der Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Bundessteuergesetzes vom 30. März 1920 ausgearbeitet worden, der den Reichswirtschaftsrat in seinen nächsten Sitzungen beschließen wird. Der vorliegende Gesetzentwurf schlägt eine Reihe von Änderungen des Bundessteuergesetzes vor, ohne jedoch den Grundgedanken des Gesetzes oder seinen Aufbau im ganzen anzufassen. Was die Frage der Beteiligung der Länder und Gemeinden an dem Aufkommen von Reichsteuern angeht, so macht sich der Entwurf im allgemeinen die entsprechenden Bestimmungen zu eigen, die schon vom Reichsrat getroffen und in die von dem Reichsrat genehmigten Steuergesetzentwürfe übernommen sind. Dementsprechend soll in das Bundessteuergesetz die Bestimmung des Gesetzentwurfes betreffend Änderung des Umsatzsteuergesetzes aufgenommen werden, wonach die Gemeinden nicht nur von dem Aufkommen der erhöhten Umsatzsteuer auf die Verabreichung von Speisen und Getränken einen erhöhten Anteil (40 Prozent) erhalten werden, sondern auch zusammen mit den Gemeindeverbänden Zuschläge erheben können, die den Satz von 100 Prozent nicht übersteigen dürfen.

Kultverkehr zwischen Deutschland und Rußland.

Die russische Regierung hat mit der Aero-Union A.-G. in Berlin eine Gesellschaft unter dem Namen „Deutsch-russische Luftverkehrs-Gesellschaft“ gegründet. Die Gesellschaft beabsichtigt, vom Frühjahr dieses Jahres ab einen regelmäßigen Luftverkehr zwischen Deutschland und Rußland mit finanzieller Hilfe der russischen Regierung zunächst auf der Strecke Rönigsberg—Moskau im Anschluß an den Berliner Nachtflugverkehr und umgekehrt zu unterhalten. Die Arbeiter, bei denen die neuesten Erzeugnisse der Flugtechnik Verwendung finden, werden von deutschen und russischen Firmen geleitet. Der Verkehr soll in erster Linie dazu dienen, die amtliche russische Post von Berlin nach Moskau und umgekehrt zu befördern. Der Postdienst, den man vorzieht, wird die Beförderungsbauer auf 23 Stunden herabsetzen. An der Erziehung der Gesellschaft sind u. a. die AEG, die Hamburg-Amerika-Linie und die Zeppelin-Werke interessiert. Die Deutsch-russische Luftverkehrs-Gesellschaft ist auf ähnlicher Basis aufgebaut, wie die Deutsch-russische Transport-Gesellschaft, deren Mitbegründer ebenfalls die Hamburg-Amerika-Linie ist.

Abgebligte Deutschnationale.

Wie die Germania mitteilt, hatte der deutschnationale Abgeordnete Staatsminister a. D. Herzt gegen die Germania Klage erhoben, weil Herzt in ihrer Kennzeichnung der Haltung der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Haltung in Sachen des Reiches an Erbsberger eine Beleidigung seiner Partei erlitten. Da die gesetzlichen Termine von Herzt nicht eingehalten wurden, hat das Amtsgericht Berlin-Mitte die Klage Herzts kostenpflichtig abgewiesen.

Gewerkschaftsbewegung.

Tagung des Internationalen Metallarbeiter-Bundes.

Am Sonnabend trat im Sitzungssaal der Wiener Arbeitskammer das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiter-Bundes zusammen. Anwesend sind Jig (Schweiz), Solau (Belgien), Hansen (Dänemark), Dikmann und Reichel (Deutschland), Brownie (England), Merzheim (Frankreich), Danz und Peters (Holland), Duogaj und Guarnieri (Italien), Goss, Stein und Klobenhofer (Österreich) und Vertreter Serbiens, Polens, Schwedens, der Tschechoslowakei und Ungarns. Der Internationale Gewerkschaftsbund ist durch Mexiko vertreten, die österreichische Gewerkschaftskommission durch Sweden.

Auf der Tagesordnung stehen: 1. Sekretariatsbericht und Festlegung der Beiträge der einzelnen Landesorganisationen an den Internationalen Metallarbeiterbund. 2. Berichte: a) Erhebung über Kriegs- und Waffensabfertigung. b) Lohnstatistik und Lebensmittelpreise. 3. Stellungnahme zur allgemeinen Situation, insbesondere zu der internationalen Konferenz der Berg-, Transport- und Metallarbeiter vom November 1921 in Amsterdam und zu dem im April 1922 in Rom stattfindenden Internationalen Gewerkschaftskongress.

Nach einer Begrüßungsansprache des internationalen Sekretärs Jig wurde Domes zum Präsidenten, Solau zum Vizepräsidenten gewählt. Jig erstattete den Sekretärsbericht. Er führte aus, daß eine der Hauptbemühungen des Sekretariats gewesen sei, mit den amerikanischen Verbänden in Verbindung zu treten. In Amerika gibt es etwa 20 verschiedene Metallarbeiterorganisationen. Eine der größten von ihnen, der Verband der Maschinenbauer, ist dem Internationalen Metallarbeiterbund angeschlossen. Wenn es wahr ist, was die Zeitungen melden, daß Compers gegen die Einladung Sowjetrußlands nach Genua Protest erhoben hätte, dann zeigt das, daß die geistige Verfassung in Amerika noch sehr weit von unserem Ziele entfernt ist. Es muß aber festgestellt werden, daß die Opposition gegen Compers immer größer wird. In Spanien ist es nicht gelungen, die dortige Metallarbeiterorganisation unserem Bunde anzuschließen. Auch in Rumänien, Bulgarien und Süditalien, wo die Frage Moskau oder Amsterdam eine Hauptrolle gespielt hat, sind die dortigen Metallarbeiterorganisationen una nicht angeschlossen. Sonst aber sind sämtliche übrigen Länder mit Ausnahme Rußlands Mitglieder unseres Bundes. Bezüglich Rußlands haben wir beschlossen, daß die russischen Metallarbeiter nicht unserem Bunde angehören können, solange sie der Moskauer Internationale angeschlossen sind.

In der Debatte sprachen die Vertreter Italiens, Englands und schließlich Dikmann, der ausführte, er hoffe, es werde mit Rußland zu einer Verbindung kommen. Es ist in sachlicher Hinsicht zu begrüßen, daß die drei sozialistischen Gruppen zusammenkommen. Alle Kräfte der Arbeiterchaft können nur durch die internationalen Organisationen gelöst werden. Wir stehen bezüglich Rußlands auf dem Standpunkt, daß es zwei Internationale nicht geben kann. Solange die Moskauer Internationale nicht aufgelöst wird, ist ein Zusammenarbeiten mit den russischen Gewerkschaften nicht möglich. Wir würden aber eine baldige Zusammenarbeit sehr wünschen. — Hierauf wurde der Bericht des Sekretariats einstimmig zur Kenntnis genommen.

Das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes nahm auf Antrag des internationalen Sekretärs Jig folgende Resolution an:

Das Zentralkomitee nimmt mit tiefer Ergriffenheit von der wirtschaftlichen Notlage, in der sich Wien und Österreich befinden, Kenntnis. Die Bevölkerung des österreichischen Landes wird vor einem Zusammenbruch bedroht. Das Zentralkomitee wendet sich an die Regierungen der alliierten Länder mit dem Ersuchen, die so lange schon in Aussicht gestellten und längst fälligen Kredite sofort fällig zu machen.

Der englische Delegierte Brownie erklärte sich bereit, an Henderson ein Telegramm zu schicken, in dem er die furchtbare Lage Österreichs auseinandersetzt und Henderson ersucht alles zu tun, damit Österreich so rasch wie möglich Hilfe erhalte und vor dem Zusammenbruch gerettet werde.

Hierauf wurde die Beratung über die Sekretariatsberichte fortgesetzt. Hansen (Dänemark) führte aus, daß von den der Landeszentrale in Dänemark angeschlossenen Arbeitern 100 000 mit Entlassung bedroht sind. Die Unternehmer fordern ab 1. Februar eine Lohnreduzierung um 15 Prozent und außerdem eine Herabsetzung der Inzestziffer, was insgesamt einer Lohnreduktion um 30 Prozent gleichkommen würde. Der schwedische Delegierte Johansson führte aus, daß die schwedischen Unternehmer die Löhne um 45 Prozent reduzieren wollen. In Schweden sind 150 000 Arbeiter arbeitslos, 25 Prozent der übrigen Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit. In kurzer Zeit muß es in Schweden zu einem erbitterten Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitern kommen. Schorch (Wien) legte auseinander, daß die österreichische Produktion nicht ausreicht, um die Bevölkerung des Landes zu ernähren. Seit dem November ist die Inzestziffer von 82 auf 378 gestiegen. Die Unternehmer verlangen eine Lohnherabsetzung um 20 bis 30 Prozent und kämpfen gegen den Achtstundentag und das Arbeiterurlaubsgesetz. In einigen Monaten muß der Zustand eintreten, daß die österreichischen Arbeiter weder zu arbeiten noch zu essen haben.

In der Montagsitzung wurde eine Entschließung angenommen, in der den kämpfenden Arbeitern Dänemarks volle Sympathie ausgesprochen wird und die angeschlossenen Organisationen aufgefordert werden, die dänischen Arbeiter in ihrem Kampfe moralisch und finanziell zu unterstützen. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die dem Internationalen Metallarbeiterbund angeschlossenen Organisationen an der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale festhalten.

Vergleichsvorschlag im Straßenbahnerstreik.

Unter Leitung des Vorsitzenden des gesetzlichen Schlichtungsausschusses Rechtsanwalt Dr. Doering fanden am Sonnabend vor einer zu diesem Zweck besonders gebildeten Kammer Einigungsverhandlungen statt, die zu folgendem Ergebnis führten: In der Einigungsverhandlung zur Beilegung des Streiks der Arbeitnehmerschaft der Großen Leipziger Straßenbahn hat die Sonder-Einigungskammer den Parteien folgenden

Vergleichsvorschlag

- empfohlen:
1. Die Arbeit wird unverzüglich wieder aufgenommen.
 2. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.
 3. Wasregelungen und Benachteiligungen der Arbeitnehmerschaft auf Grund von Vorgängen während der Streiktage dürfen nicht stattfinden.
 4. Die Große Leipziger Straßenbahn gewährt mit Wirkung vom 15. Dezember 1921 einen Stundenlohnzuschlag von 2 Mk.
 5. Die Parteien werden ersucht, dem Schlichtungsausschuß Leipzig bis zum 7. Februar 1922 das Ergebnis ihrer unmittelbaren Verhandlungen auf Grund dieses Vergleichsvorschlags schriftlich mitzuteilen.
- Als Vorkämpfer nahmen teil außer dem unparteiischen Vorsitzenden Kreischaupmann Lange und Oberregierungsrat Schaefer als unparteiische Vertreter Baurat Zeiss, Stadtbaumeister Peters, Stadtrat Dr. Böhm und Arbeitervertreter und Lehrgänger, Sängerkreis und Herrmann von Arbeitervereinen.

Der Punkt 2 dieses Vergleichsvorschlags machte sich nötig, weil die Ferien und die Pension nach der Dauer der Beschäftigung bemessen werden.

Die Vertreter der Arbeiterschaft haben zugesagt, sich bei den Streikenden für die Annahme des Vergleichsvorschlags, der etwa dem letzten Antrag der UGV im Stadtvorbenrathologium entspricht, einzusetzen. Die Straßenbahner nahmen heute zu dem Vergleichsvorschlag Stellung. Es liegt nun an dem Rat, den Streik dadurch zu beenden, daß er seinen ablehnenden Standpunkt gegen eine über die im Schiedspruch für Gemeinbedarfer hinausgehende Zulage für die Straßenbahner aufgibt. Der Rat hat es mit der Beendigung des Streiks gleichbar gar nicht eifrig, denn wie die Leipziger Neuesten Nachrichten zu melden wissen, nimmt der Rat erst in der am Dienstag stattfindenden Gesamtsitzung Stellung zu dem Vergleichsvorschlag.

Die streikenden Straßenbahner nahmen heute vormittag in einer Versammlung im Volkshaus zu dem Schiedspruch Stellung. Der Kommunist Hermann teilte mit, daß die Zentralkomitee Stellung und die Vertrauensleute beschlossen hätten, den Straßenbahner die Annahme des Vergleichsvorschlags zu empfehlen. Das wurde mit Beifall aufgenommen.

Die Versammlung geht der Redaktionschluss weiter, es ist aber nicht daran zu zweifeln, daß der Vergleichsvorschlag angenommen werden wird.

Technische Notfälle und Messe.

Unter dieser Überschrift brachte die Neue Leipziger Zeitung vor einiger Zeit eine Notiz über eine an das Reichsministerium des Innern gerichtete Eingabe der Verkehrsarbeitsgemeinschaft Leipziger Körpererschaften. Die Eingabe richtet sich gegen die Lohnkämpfe der Arbeiterchaft, die ohne Rücksicht auf die Messe durchgeführt wurden. Man will alle Streiks während der Messe verhindert wissen und verlangt deshalb einen verstärkten Schutz für den Mehrverkehr. Folgende Teile des Mehrverkehrs sollen als lebenswichtig anerkannt werden:

1. Beherbergung und Verpflegung der Mehrbesucher.
 2. Transport der Mehrbesucher von und nach den Bahnhöfen.
 3. Sicherstellung der Regalplätze gegen Beschädigung und Verwahrlosung.
 4. Aufrechterhaltung eines angemessenen Straßenbahnbetriebs zur Beförderung der Mehrbesucher und der Mehrbediensteten.
 5. Sicherstellung der Abgabe von Wasser, Gas und Elektrizität in dem Maße, daß die unter 1 bis 4 aufgeführten Maßnahmen durchgeführt und die Sicherheit der Mehrbesucher und des Verkehrs auf Straßen, Plätzen und Bahnhöfen sowie in den Regalkassen gewährleistet werden kann.
- Sollten die Wünsche der Verkehrsarbeitsgemeinschaft Tatsache werden, dann bestände eine große Gefahr für das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse. Die beteiligten Gewerkschaften tun auf, beizellen energische Gegenmaßnahmen zu ergreifen.
- Eine weitere Note hat die Angelegenheit aber auch. Unter Ziffer 1 benennt man als lebenswichtig die Beherbergung und Verpflegung. Ob man da wohl auch an die Kabarettisten, Wirtshäuser, Freudenhäuser und die „kleinen süßen Weinhäuser“ gedacht hat, die unsere Mehrbesucher doch schwerlich missen möchten?

Der Fleischermeister als Ausbeuter.

Kur Arbeit kann uns retten! So denkt auch der Fleischermeister Oskar Stephan, L-Gehilte, Wetzschiger Str. 8. Herr Stephan meinte, da er nicht den ihm zugehörigen Lohn kassiert, verkauft werden. Ganze 100 Mk. pro Woche zahlte er seinem Gehilfen und davon wollte er auch noch Steuern und Kraniengeld abziehen. Außerdem mußte der Gehilfe auch Überstunden leisten, und zwar innerhalb 14 Tagen 33 1/2 Stunden. Natürlich unentgeltlich. Da Herr Stephan seinen Antrag auf Genehmigung von Überstunden gestellt hat, ist zu empfehlen, daß sich einmal die Gewerbebehörde den Betrieb etwas näher ansieht. Unsern Kollegen aber raten wir, diesen Betrieb zu meiden.

Der Schiedspruch der hiesigen Gemeinbedarfer angenommen.

Der in Berlin von dem gemeinbedarfer Zentralkomitee am 30. 1. gefällte Schiedspruch über die Gemeinbedarferlöhne im Preisaat Sachsen ist von beiden Parteien angenommen worden.

Eine neue Gewerkschaftspolitik in Sowjetrußland.

D. C. Moskau, 1. Februar. Das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei veröffentlichte neue Richtlinien für die Gewerkschaftspolitik mit der ausdrücklichen Angabe, daß sie unter Beteiligung Lenins verfaßt worden sind. Es wird darin ausgeführt, daß das Aufkommen von Privatunternehmungen und die Umstellung der staatlichen Betriebe auf kaufmännische Grundlagen eine Beilegung der Gewerkschaften erfordert und ihnen die Aufgabe stelle, den Klassenkampf gegen das Privateigentum und den Kampf mit dem Bureaucratismus, den Feindgriffen und Ueberreizungen der staatlichen Wirtschaftsorgane zu führen. Letzteres dürfe indessen weder durch Streiks, die einen Kampf gegen den proletarischen Staat bedeuten würden, noch durch Eingriffe in die Betriebsverwaltung, sondern lediglich durch vermittelnde Tätigkeit der Gewerkschaften erfolgen. Die Streiks in der staatlichen Industrie, die infolge der Rückständigkeit einzelner Arbeitergruppen, durch gegenrevolutionäre Bewegung oder mangelnde Umsicht der Gewerkschaften ausbrechen könnten, müßten schleunigst liquidiert werden. Der Zeitpunkt der Arbeit zu den Gewerkschaften dürfe fortan nur freiwillig erfolgen, da der gewerkschaftliche Organisationszwang zum Bureaucratismus innerhalb der Gewerkschaften und zu ihrer Entfremdung von den Arbeitern geführt habe. Politischen Fragen gegenüber müßten sich die Gewerkschaften ebenso wie in der Frage der Religion neutral verhalten und dürften keinesfalls eine bestimmte politische Einstellung von den Mitgliedern verlangen. Alle Eingriffe der Gewerkschaften in die Verwaltung, auch der privaten Betriebe, die viel Schaden angerichtet hätten, müßten aufhören und die Fragen der Entlohnung usw. dürften lediglich durch Verhandlungen der Parteien und nicht mehr durch einseitige Verfügungen geregelt werden.

Streik der Metallarbeiter in Hagen. In Hagen fand am Freitag eine Versammlung der den christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Metallarbeiter statt, in der über den Streik abgefaßt wurde. Der gefällte Schiedspruch wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt und der Streik für Montag, den 6. Februar, beschlossen.

Bergarbeiterstreik in Mähren. Am Freitag fand in Brünn eine Obmannen-Konferenz der Betriebsräte des nordwestböhmischen Braunkohlenterritoriums statt, welche die Aufforderung zum Generalstreik zur Kenntnis nahm. Am Freitag standen bereits 45 000 Bergarbeiter im Braunkohlengebiete im Auslande, während der Streik in den Steinkohlengebieten Kladno und Mährisch-Odrau erst in den späteren Nachmittagsstunden einsetzte. — Nach Schätzungen der Bergarbeiterorganisationen beträgt am Sonnabend die Zahl der streikenden Bergarbeiter der Republik mit Einschluß der Slowakei 135 500 Mann. Bisher verlief der Streik in voller Ruhe.

Der Stand der Valuta.

Ämtliche Mittagskurse

Es kosteten in Berlin	1. 7. 14	8. 2. 22	4. 2. 22
Marek			
1 amerikanischer Dollar	4.12	304.41	201.54
1 englisches Pfund Sterling	20.43	879.10	870.80
100 holländische Gulden	169.00	7567.40	7504.95
100 schwedische Kronen	112.50	5214.76	5169.80
100 Schweizer Franken	91.00	4000.95	3958. —
100 französische Franken	81.00	1710.73	1689.30
100 belgische Franken	81.00	1685.95	1628.85
100 italienische Lire	81.00	049.05	044.16
100 deutsch-österreich. Kronen	55.00	6.89	6.63
100 tschech.-slowakische Kronen	—	387.60	389.00
100 ungarische Kronen	—	30.08	30.38

Heutiger Vormittagskurs.
Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 204 Mk.

Von Nah und Fern.

Untergang eines russischen Dampfers.
Kopenhagen, 2. Februar. Der Stockholm Tidningen wird aus Kopenhagen telegraphiert, daß der Dampfer Sirena, der der Sowjetregierung gehörte, im Rostschlund gesunken ist. 27 Personen sind dabei umgekommen.

Schweres Grubenunglück in Amerika.
Newark, 3. Februar. Bei einer Explosion im Bergwerk in Gates (Pennsylvania) wurden 6 Arbeiter getötet und 20 verkränkt. Es wird befürchtet, daß letztere auch tot sind.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Helmut Fleischer in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenenteil:
Hugo Schönd in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Inventur- Ausverkauf

Keinerlei minderwertige Erzeugnisse. — Jeder Stoff wird vor Anfertigung auf unbedingte Haltbarkeit streng geprüft. — Ueberragend große Auswahl.

Ausverkaufspreise

Herren-Anzüge . . .	197	350	530	570	585	675
Herren-Anzüge . . .	710	715	820	890	945	1125
Herren-Schlüpfer . . .	450	530	580	690	790	925
Herren-Schlüpfer . . .	975	1025	1075	1125	1150	1175
Herren-Rosen . . .	65	80	88	98	110	115
Herren-Rosen . . .	125	133	151	184	202	350
Herren-Loden-Joppen	118	180	207	277	325	355
Knaben-Anzüge . . .	60	70	80	90	128	335

Herren-Winter-Ulster Mk. 247. — Bozener Mützel
Pelerinen — Gummi-Mützel — Sport-Anzüge
Breeches-Rosen — Berufskleidung — Leibchen-
Rosen Gr. 1-6 Mk. 22. — Kniehosen Gr. 7-12 Mk. 37

Friedrich Treumann

Rosspatz 1 Leipzig Rosspatz 1

**Emser
Quellsalz**
zum Gurgeln bei Karathen.

**Raucht
Gustav
Schmidts
Zigarren**
**Leutzsch
Hauptstr. 87**

**CREME
PERI**

Eine Sicherung gesellschaftlicher Vorteile
ist die gepflegte äussere Erscheinung. Die elegante
Kleidung kommt erst recht zur Geltung, wenn ein
schöner Teint die Harmonie mit schönen Kleidern
herstellt. "Crème Peri", die Hamamelis-Crème, enthebt
Sie aller Sorge um Ihre Haut.
Überall erhältlich
Dr. M. Albersheim, Frankfurt a. M.



Seeben erschienen!

Almanach

des Verlages der
Kommunistischen Internationale

Mit Beiträgen von: Lenin / Sinowjew / Trotzki /
Bucharin / Radek / E. Varga / Rosa Luxemburg /
Karl Liebknecht / John Reed / Arthur Ransome /
Upton Sinclair / O. W. Kuusinen / Gussew /
Kafala / Josef Pogany / Artur Warner / P. Werner

330 Seiten
Preis: Broschiert Mk. 45.— / Organisationsausgabe Mk. 18.—
Der ab 1. Jan. 1922 geltende Preisauflage ist eingerechnet

Zu beziehen durch:
Verlag Carl Hoym Nachf.
Louis Cahnbey, Hamburg
alle Buchhandlungen u. Auslieferungsstellen der KPD.

Gegen Haarausfall Schuppen-
sprühen. **unübertroffen.**
Hellemanns Haarbalsam
Ein Versuch überzeugt. Tägliches Anstrich. Preis 11.— Mk.
Zu haben nur Windmühlensstr. 49, Eing. Klitzschstr. 14

Brennholz

Reißighaufen und Scheitholz verkauft
Neuer Gasthof, Gohlis.

Wo finden Sie
den beliebtesten
Uhrmacher??



Nur
Berliner Str. 11
Ferdinand Fischer
Lehrerhaus,
Straße 10.

Blumensäle.
Täglich abends 1/8 Uhr
Künstler-Kabarett.
Sonntags 2 Vorstellungen. * 4 Uhr u. 1/8 Uhr

Ortsverein Alt-Leipzig (U.S.P.D.)
Sonntag, den 11. Februar, abends 7 Uhr
im großen Saale des Volkshauses
Wintervergnügen mit Festball
unter zünftiger Mitwirkung des Turnvereins Eiche
(Leipzig), des Männerchors Zentrum-Süd (Dirigent:
P. Michael) u. des beliebten Gustav-Schütze-Orchesters.
Der Eintrittspreis beträgt 2 Mark.
Eintrittskarten sind bei allen Bezirks- und
Gruppenführern sowie in der Volksbuchhand-
lung, Zeltzer Straße, u. an der Kasse zu haben.
Alle Mitglieder und Gäste ladet freundlichst ein
DER VORSTAND.

Deutscher Verkehrsbund

Abteilung Post und Telegraphie.
Heute abend 1/8 Uhr in den Drei Eichen, Reudnitz, Rohlgartenstr.
Mitgliederversammlung sämtlicher Arbeiter u. Beamten
Tagesordnung:
Stellungnahme zum gegenwärtigen Streik der Eisenbahner.
In Anbetracht der äusserst wichtigen Tagesordnung und der dort
eventuell zu fassenden Beschlüsse hat unbedingt jeder zu erscheinen.
Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch. Die Sektionsleitung.

Aufklärung über den Eisenbahnerstreik.

Die unrichtige und schiefe Darstellung des Streikes der Eisenbahnbeamten in der Presse und in der Öffentlichkeit ist geeignet, über die Beweggründe zum Streik eine völlig falsche Auffassung herbeizuführen.
Zur Aufklärung halten wir deshalb eine sachliche Darstellung der Vorgänge für dringend erforderlich.
Die Gehaltsregelung im November blieb hinter dem durch die Lebensverhältnisse unbedingt Erforderlichen in den Sähen der mittleren und unteren Gehaltsgruppen weit zurück. Sie konnte diese Gruppen daher in keiner Weise befriedigen und mußte um so bitterer wirken, als die Gehälter der höheren Beamten in weit entgegenkommender Weise den bestehenden Verhältnissen angepasst wurden.
Der Einhalt von der völlig unsocialen Regelung der Einkommensverhältnisse von der Beamtenchaft konnte sich auch der Reichstag nicht verschließen, in mehreren Entschliessungen forderte die Parteien die Regierung auf, unverzüglich in eine Revision des Gehaltsgesetzes für die unteren und mittleren Gehaltsgruppen einzutreten. Wird doch z. B. das Existenzminimum erst beim Höchstgehalt der Gehaltsgruppe VII erreicht.
Geht auf diese Entschliessungen und gedrängt von seinen Mitgliedern, die bei der in immer heftiger werdender Weise steigenden Teuerung dem vollständigen Ruin preisgegeben waren, forderte der Deutsche Beamtenbund seit 3. Dezember eine Angleichung der unteren und mittleren an die oberen Gehaltsgruppen. Die Regierung hat es trotz allen Drängens und trotz der Entschliessung des Reichstages bisher rundweg abgelehnt, mit den Vertretern der Organisationen auf der Grundlage eines sozialen Ausgleiches zu verhandeln. In der schriftlichen Form wurden unsere Unterhändler mit ihren Forderungen von den Vertretern der Regierung abgewiesen. Gelegentlich anderer Verhandlungen hat der Vertreter des Reichsfinanzministeriums v. Schlieffen unsere Unterhändler in geradem unverantwortlicher Weise brüskiert.
Daß das Vorgehen der Regierung die ohnehin schon vorhandene Erregung in der Beamtenchaft zur Siedehitze steigern mußte, liegt auf der Hand.
Die Lage mußte unhaltbar werden, als von Seiten der Regierung das Arbeitszeitgesetz ohne Berücksichtigung des Protestes der Arbeitnehmervertreter als Entwurf zur Vorlage kam. Insbesondere war es hier der § 4, der eine ungehörende Erbitterung auslöst, während den unteren Gruppen Arbeitszeiten bis zu 12 und 15 Stunden täglich auferlegt werden können, sollen nach diesem § die höheren Beamten und solche mit einem Einkommen von über 30000 Mk., soweit sie Dienststellenleiter sind, hiervon ausgenommen sein. Für diese werde also der Arbeitstag unverändert stehen bleiben. Jedes Eingehen auf die von Seiten der Eisenbahnerorganisationen gemachten Gegenentwürfe wurde durch die Regierung schroff und in der hündigsten Form abgelehnt.
Auf Grund dieses provisorischen Vorgehens der Reichsregierung und des eigentümlichen Verhaltens des stöckig unerschrockenen Reichstages hat die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner, nachdem alle Mittelstellen, auf dem Verhandlungsweg zu einem Ergebnis zu kommen, gelockert waren, der Regierung ein fünfjähriges Ultimatum auf Einleitung von Verhandlungen auf der Grundlage der Angleichung der Grundgehälter der unteren an die der höheren Gehaltsgruppen und der Forderung des Arbeitszeitgesetzes gestellt. Die Antwort der Regierung war die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar, die Beschlagnahme von Verbandoverträgen — Streikfonds befehlen bei feiner Beamtenorganisation — und die Verhaftung von Organisationsführern.
Was hätte wohl in ebemaligen „alansollen“ Zeiten der damalige Führer der sozialdemokratischen Partei, der jetzige Reichspräsident zu einer solchen unerhörten Herausforderung gesagt! Erreicht wurde dadurch nur, daß der Streik mit aller Schärfe einsetzte und sich die gesamte im Deutschen Beamtenbunde organisierte Beamtenchaft und der überwiegende Teil der deutschen Eisenbahnarbeiter geschlossen hinter ihre kämpfenden Kollegen stellte.
Wir bedauern es, daß es die Führer anderer Arbeitnehmerorganisationen, die auch Beamte und Staatsarbeiter zu ihren Mitgliedern zählen, fertighaben konnten, mit Aufrufen und in Versammlungen den kämpfenden Eisenbahnern in den Rücken zu fallen. Inwiefern sich dieses Verhalten mit dem Gewerkschaftsgebot verträglich, soll hier unerörtert bleiben.
Die unangehören Schäden des Streiks für das Volksganze können wir sehr wohl beurteilen und bedauern es aufs tiefste, müssen aber seine Folgen dem jeder Einsicht baren Verhalten der Reichsregierung zuschreiben und lehnen deshalb jegliche Verantwortung ab.
Wir überlassen es dem gesunden Urteil jedes denkenden Menschen, sich aus den vorliegenden angeführten Tatsachen ein klares Bild zu machen. Von allen Parteien, ist die Beamtenchaft, auf sich selbst gestellt, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gewillt, das ihr von der Regierung vorzuenthaltenen Recht auf ein menschenwürdiges Dasein für sich und ihre Familien zu sichern.

Deutscher Beamtenbund, Ortskartell Weiszig.

Für die anlässlich unserer
Goldenen Hochzeit
dargebrachten Glück- und Segenswünsche und
Geschenke sagen wir nur hierdurch unseren
herzlichen Dank.
Leipzig-Großschlocher, den 8. Febr. 1922.
Wilhelm Reichelt und Frau.

In der Sonnabendnacht verschied schnell und un-
erwartet, infolge eines britten Schlaganfalls, im
19. Lebensjahre, unser unsterblicher Sohn, mein
lieber Bruder, der Postknecht
Richard Dippel
mehrfähriges Mitglied des Arbeiter-Sam.-Bundes.
Ein lebensfrohes, edles Menschenkind hat auf-
gehört zu sein.
L. Wolkmarsdorf, Albststraße 11
In tiefer Trauer
Johann Dippel, im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet Mittwoch, 8. Februar,
nachmittags 2 Uhr, auf dem Südriedhof statt.

Am Mittwoch, dem 31. Januar, verschied nach
langem Leiden, mit großer Geduld ertragendem
Leiden, im blühenden Alter von 17 Jahren, unser
lieber Jugendfreund
Otto Pampel
Er ruhe in Frieden!
Schöna u., den 3. Februar 1922.
Gewilmt von der Jugend zu Schöna u.

Heute früh 1/3 Uhr verstarb nach kurzer Krank-
heit, im Alter von 61 Jahren, unser liebster
Töchterchen und Schwesterchen
Ilse.
In tiefer Trauer
Paul Scholler und Frau nebst Kindern.
Beerd. Donnerst. zwisch. 9 u. 11 Uhr, Trinitatisriedhof.

Am Sonntagmorgen verschied nach längerem Leiden
in St. Jakob im vollendeten 46. Lebensjahre meine
gute brave Frau, unsere treuergebende Mutter,
Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Elisabeth Windler.
In tiefer Trauer
L. Wöhlig, Colloredostraße 24, am 5. Februar 1922
Heinrich Windler
nebst sämtlichen Hinterbliebenen.
Beerd. Mittwoch, 8. Febr., 3 Uhr, a. d. Wöhlig Friedh.

Für die unendlich vielen wohlthuenden Beweise
der Liebe, Verehrung und inniger Teilnahme,
welche uns beim Heimgange unserer geliebten, un-
vergesslichen Entschlafenen, der Frau
Selma Grützner geb. Knorr
anteil geworden sind, sage ich nur hierdurch im
Namen aller Hinterbliebenen meinen tiefgefühltesten
Dank.
L. Paunsdorf, den 4. Februar 1922
Albert Grützner.

Wintergarten

Seine Exzellenz von Madagaskar
I. Teil
Das Mädchen aus der Fremde
5 Akte mit
Eva May und Georg Alexander
Braß Bullet
4. Teil:
Im Wasser und unter der Erde

Lindenfels

Karl-Heine-Strasse 50
Fernruf 18 185-98

Kinder der Finsternis

I. Teil
Der Mann aus Neapel
5 Akte mit
Ort Hoesa und Hans Mierendorff
Eine angebrochene Ehe
Lustspiel in 5 Akten mit Viola Dana
und der übrige Spielplan

Neues Theater.

(Nachdruck verboten.) Fernruf 1416

Montag, den 6. Februar: Gesellschaftliche Vorstellung, zugleich Wochentags-Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftskreis: Der Kranke. Anfang 7 Uhr.

Dienstag, den 7. Februar: 77. Knecht-Buchung (8. Folge, Teil): Josephine; vorher Das Mädchen aus der Fremde. Anfang 7 Uhr.

Mittwoch, den 8. Februar: Vorstellung für die Fortbildungsschule für Mädchen: Fünfel und Ortel. Vorher: Die Wuppener. Anfang 7 Uhr.

Alles Theater.

(Nachdruck verboten.) Fernruf 1416

Montag, den 6. Februar 1922
Die deutsche Sprache
zugleich Knecht-Buchung für das Arbeiterbildungsinstitut (Gesetz Zentrum-Sitten 2201-2210)

Kabale und Liebe.
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
In Szene gesetzt von Alwin Strander.

Personen: Präsident von Wolter, ein Hof eines deutschen Fürsten (Wilhelm Wolter); Ferdinand, sein Sohn (Willy Wolter); Hofmarschall von Anst (Hilfred Wolter); Kade Wilford, Baronin des Fürsten (Christine Gitz); Kurrn, Kammerdiener des Präsidenten (Erich Schütz); Ein Kammerdiener des Fürsten (Gerd Behler); Müller, Stabmüller (Carl Gutz); dessen Frau (Marie Gutz); seine Tochter (Wera Gutz); Sophie, Kammerjungfer der Lady (Gerta Gutz); Ein Diener des Präsidenten (Hermann Gutz); Ein Diener der Lady (Kurt Gutz).

Verständlicher, verständlich, Wolf.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Dienstag, den 7. Februar: Gesellschaftliche Vorstellung, zugleich Wochentags-Vorstellung für die Fortbildungsschule für Mädchen und der Wende Weiten. Anfang 7 Uhr.

Mittwoch, den 8. Februar: Gesellschaftliche Vorstellung, zugleich Wochentags-Vorstellung für die Fortbildungsschule für Mädchen und der Wende Weiten. Anfang 7 Uhr.

Neues Operellen-Theater.

(Nachdruck verboten.) Fernruf 1416

Montag, den 6. Februar: Vorstellung für den Allgemeinen Hausbesitzer-Verein und des Leipziger Wochensport: Auf Geheln des Gefängnis. Anfang 7 Uhr.

Dienstag, den 7. Februar: Der glückliche Neger. Anfang 7 Uhr.

Mittwoch, den 8. Februar: Keine Vorstellung.

Gansfouci

Seite 7
Uhr

Ball

Neuer Gasthof Gohlis.

Morgen ab 7 Uhr: **Großer Elite-Ball**
Sonnabend, den 11. Februar: Wintervorgnügen des 1. Gohliser Bandonoon-Vereins.

Nachtfalter

Hainstrasse 18
Allabendlich 7 1/2 Uhr
Kabarett.

Moderne
Geschäfts-
Drucksachen

Jeder Art fertig
Leipziger
Buchdruckerei
Ahlens Geschw. o. H.
Taubachstr. 10/11
Fernruf 4500

Leipziger Schauspielhaus.

Capitolstr. 17/19 Fernruf 1210

Montag, den 6. Februar 1922, abends 7 1/2 Uhr
Ingeborg.
Ein Lustspiel in 3 Akten von Kurt Gop.
In Szene gesetzt von Hans Eielner.

Personen: Ingeborg (Käthe Gop); Olofer, ihr Mann (O. Westphal); Zante Cillie (Gitta Gop); Peter Peter (Albert Westphal); Herr Konjunkt, Diener (Otto Gop).

Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.

Dienstag, den 7. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr: Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftskreis: Das neugierige Sternlein. Abends 7 Uhr: Die Krönung Richard III.

Mittwoch, den 8. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr: Das neugierige Sternlein (Einheitspreise). Abends 7 1/2 Uhr: Revolution in der Provinz. Besondere Einheitspreise müssen 20 Minuten vor Beginn der Vorstellung abgegeben sein, ansonsten wird darüber verfügt. Die Tageskasse ist geöffnet wochentags von 10-12 Uhr, Sonntags von 11-3 Uhr.

Der achte Einheitspreis läuft vom 1. Febr. bis 31. Febr. 1922. Bis zu diesem Tage muß die achte Marke der Tageskarte an der Tageskasse eingekauft sein.

Kleines Theater.

Dresdener Str. 43 Fernruf 12800

Montag, den 6. Februar 1922, abends 7 1/2 Uhr
Frühlings Erwachen.
Eine Alibi-Operette in 3 Akten von Franz Schreiner.
In Szene gesetzt von Otto Gop.

Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Dienstag, 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Der überhandnehmende Mann.
Mittwoch, 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Helgen.
Die Mitglieder der Theatergemeinde Schauspielhaus erhalten gegen Vorweisung ihres Mitglieds 30 Prozent Ermäßigung.

Thüring. Hülsenfrüchte

prima im Kochen,
Erfahrung für Kartoffeln
offenbar preiswert

Samenhdg. Aug. Held
Marktstraße 418 Tel. 16181

Weinbrand-

Berl. Schnitt, 1/2 Liter 45,-

Jamaica Rum.

Berl. Schnitt, 1/2 Liter 60,-
empf. in anerkannter Qual.

L. O. Kaspar Nachfolger
E. Plagwitz, Schloßstraße 51/30

Kownoer

in Stanniol, 50 g nur 1,50,-
in der Zigarren-Giliale

Kreuzstraße 23.

Haut-, Geschlechts-

u. Harnleib., voss. neu. Schwäche
Behand. Dr. med. Dorl., nicht
apoptisiert. Mittl. naturw. u.
Gefühl. Leipzig, Kurprinzstr. 5.
Sprechst. von 9-2 u. 4-11 Uhr.

Lichtspiele Apollo-Theater

Telephon 1111 Bayersche Strasse 8-10 Telephon 1111

Ab morgen Dienstag
beginnen die Vorführungen des gewaltigen Monumental-Filmwerkes

Der erste Kreuzzug

Die Befreiung Jerusalems unter Gottfried von Bouillon
Nach dem Epos von Torquato Tasso
Ein Meisterwerk der Massenregie
Eine Glanzleistung der Kinematographie

Krystall-Palast

Theater

Täglich abends 7 1/2 Uhr

Das einzig existierende Original **Je-Ka-Fi** Das einzig existierende Original

Jeder kann filmen

Original-Film-Atelier auf der Bühne
Das Publikum filmt

Täglich Aufnahmen abgeschlossener Filme
sowie das weitere, erstklassige
Varieté-Programm

Battenberg

Varieté, Anfang 8 Uhr
Verlängertes Gastspiel **Paul Beckers** mit Gesellschaft
Neu für Leipzig! **Der lustige Vagabund** Neu für Leipzig!

Battenberg-Theater, Anfang 8 Uhr
Veranstaltung
Die Schuster-Baronesse
Burleskes Volkstück in 4 Aufz. von Thilo Schmidt.
Morgen: **Lotte Hausmanns Liebe.**

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 und Zigarren-
Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Kleiner Anzeiger

Bermischte Anzeigen

Am Sonnab. in Funkt. Berl. des D. E. W. (Bayerischer Hof) Briefkasten mit Inh. abhand. net. Absa. wie Ausw. befragt.

Rechts-Auskunftei Kaiser
Stötteritzer Str. 3, 1.

I. Berleth-Institut
feiner Geschäfts-Anstalt
I. Kindermann
Neumarkt 1. 1 Trepp.

Ihr Anzug
wird wieder wie neu ge-
reinigt u. gebügelt für
30 Pf. Abholung und Zu-
sendung frei. Postkarte ge-
nügt an **Wäckerel Undino**,
Lolpzig-Döllitz.

Säcke jeder Art repariert
Sack-Reparatur-Anstalt.
Kammerhäger Wagner
wohnt Senefelderstr. 11. S. 1

Wohnungen

Einf. möbl. Zimmer zu verm.
Neut. Neutädter Markt 111.
Berufstät. Ehepaar sucht 1 od.
2 leere Zimmer. Off. unt. V 17
an Filiale Reiner Str. 32.

Kleine 3-Zimm.-Wohnung,
370 q, tauglich geg. gl. od. groß,
gleich wo. Befind. Sonnt. 12-4
Gell. Grabowstr. 7, II. 1.

Telephonisch
können Anzeigte nicht
angenommen werden.
Expedition d. Leipz. Volkszeitg.

Licht- U. T. Spiele

Hainstr. 19. Tel. 3187

Unwiderruflich nur noch 3 Tage!

Die Geheimnisse von Berlin

BERLIN RÖBELSTR.

4. und letzter Teil



Im Asyl für Obdachlose

Originalaufnahmen aus dem Großstadtasyl. Die Inassen, arbeits- und wohnungslose Elemente, welche zu dem Erscheinungen unserer heutigen Großstadt gehören, bilden den Hintergrund dieses lebenswahren Filmes, welcher durch das nicht alltägliche Milieu den Beschauern das größte Interesse abgewinnen wird.

Außerdem:

Die Tänzerin auf dem Tugendpfad

Sitten-Lustspiel in 3 Akten mit Erika Glässner und Kurt Vespermann

Einlaß 3/4 — Anfang 4 Uhr

Drei Linden

Täglich 7 1/2 Uhr

Ein noch nie gezeigtes
Riesen-Programm

14

Welt-Varieté-Attraktionen

40

die Schlager der Saison!

erstkl. Artisten an einem Abend

Kommen! Sehen! Staunen!
Sonntags 2 Vorstellungen — 1/4 und 1/8 Uhr

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Tel. 48548),
Th. Althoff, Petersstr., Kons.-Verein, K.-Heine-Str.

Drei Mohren L. Anger

Inhaber: Sr. Wlari.

Heute ab 7 Uhr:
Ein Winterportball in St. Moritz.
Herzliche, originelle Dekoration. — Alles im Schnee.
Tanz-Band! — Betrieb! — Großlust! — Stimmung!
Mohrenballe! Preiswerte Sitzre!

Schillerschlösschen

L. Gohlis, Wendelstraße, Straßenz. 6, 12, 13, 20.
Heute Montag ab 7 Uhr

Grosser Damen-Ball

Abwechslend Damen- und Herren-Engagement.
Da ist Betrieb!

Montag, den 13. Februar: **Großes Maskenfest**

Heute  Montag

Tanzfrei. **Großer Damen-Ball.** Tanzfrei.